



im Oktober 2014

Sieben Thesen aus Sicht der Gewerkschaften für die Expertenkommission „Investitionsstrategie“

1. Empirische Befunde zeigen: **In Deutschland wird immer weniger investiert.** Die Investitionsquote sinkt seit Jahren. Vor allem die öffentliche Hand investiert so wenig, dass der öffentliche Kapitalstock verschleißt. Die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) des Staates sind negativ. Auch bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen stellen wir im internationalen und historischen Vergleich eine schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen fest. Orientiert am Industrieanteil an der Wertschöpfung entwickelter Volkswirtschaften errechnete das DIW für Deutschland eine Investitionslücke von etwa drei Prozent des BIP jährlich (ca. 80 Milliarden Euro).
2. **Die private Investitionsschwäche ist das Ergebnis einer unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.** Letztere wurde primär durch Ausweitung des Niedriglohnsektors verursacht, eine ungleiche Einkommensverteilung sowie steuerliche und sonstige Belastung der privaten Haushalte. Die öffentliche Investitionsschwäche ist Folge einer chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte. Die öffentliche Finanznot hat mehrere Ursachen: Steuersenkungen der vergangenen Bundesregierungen, lange Phasen eines Konjunkturtiefes, Kosten der Bankenrettung. Jährliche Mindereinnahmen bei Bund, Ländern und Kommunen, die allein durch die Steuersenkungen verursacht wurden, belaufen auf jährlich rund 50 Milliarden Euro.
3. Grundsätzlich besteht weitgehende Einigkeit über die notwendigen Investitionsfelder. Dazu gehören **Investitionen in die Energiewende**, d.h. nachhaltige Stromerzeugung und –netze ebenso wie Investitionen in die multimodale **Verkehrsinfrastruktur** (alle Verkehrsträger umfassend), in die **energetische Gebäudesanierung**, zum Ausbau der **Breitbandnetze**, in die **Energie- und Ressourceneffizienz**, in **Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung**, in das Gesundheitswesen, in den Pflegesektor, in **öffentliche und private Dienstleistungen**, in **altersgerechte Infrastrukturen und bezahlbares Wohnen** sowie in die **nachhaltige Wasserbewirtschaftung**.
4. **Größter Investor sind in Deutschland die Kommunen**, auch wenn ihr Anteil an staatlichen Bruttoinvestitionen von 63,6 % in 1991 heute auf 50,1 % gesunken ist. **Sie brauchen dringend finanzielle Unterstützung und Handlungsspielraum** für rentierliche Investitionen, um die öffentliche Daseinsvorsorge bedarfsgerecht auszugestalten. Das bedeutet: Zukünftig kann sich die Forderung der Kommunen nach Unterstützung durch Bund und Länder nicht ausschließlich auf die Bereitstellung zusätzlicher Mittel beschränken. Es muss stattdessen eine Verständigung darüber stattfinden, wie die Daseinsvorsorge und dabei insbesondere die Bereitstellung kommunaler Infrastruktur langfristig, bedarfsgerecht und nachhaltig gesichert werden kann.



5. **Konkrete Vorschläge** für eine europäische Investitionsinitiative haben die Gewerkschaften mit dem „**Marshall-Plan**“ vorgelegt. Sein Ziel ist eine nachhaltige, ökologische und sozial ausgewogene europäische Wachstumsinitiative zu generieren. Durch die Schaffung eines „**Europäischen Zukunftsfonds**“ können auch Private zur Finanzierung staatlicher Investitionen beitragen. Die Einrichtung eines solchen Zukunftsfonds ist auch auf nationaler Ebene möglich. Entscheidend für die Ausgestaltung ist dabei, dass die öffentliche Hand die Schwerpunkte der Investitionsfelder definiert und ein eventueller Zinsaufschlag durch die Finanzbranche bezahlt wird (z.B. durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer).
6. Bei der Finanzierung öffentlicher Investitionen gibt es grundsätzlich zwei Alternativen: Zum einen die **Finanzierung über die öffentlichen Haushalte** und zum anderen durch die Mobilisierung privaten Kapitals. Wir priorisieren die öffentliche Finanzierung. Das setzt in erster Linie die Ausschöpfung des Verschuldungsspielraums (für Bund und Kommunen rund 150 Milliarden. Euro bis 2018), Reform der Schuldenbremse („Rausrechnen“ von produktiven Investitionen), mittelfristig Steuererhöhungen für hohe Einkommen und große Vermögen voraus. **Private Finanzierungen** sind die teuersten Finanzierungsalternative. Sie haben zudem den Nachteil einer eingeschränkten öffentlichen Steuerung. Außerdem fände darüber eine gesellschaftspolitisch ungewollte Umverteilung statt. Nutznießer wären Besitzer von Lebensversicherungen, aber die Zinsen müssten alle Steuerzahler tragen. Prominente Beispiele für ineffizientes Wirtschaften sind öffentlich-private Partnerschaften und Wagniskapitalfonds. Hier wurde in großem Umfang Steuergeld verschwendet. Sollen die Nachteile einer privaten Finanzierung behoben werden, so kann dies über einen öffentlich gesteuerten Zukunftsfonds (wie beim DGB-Marshall-Plan vorgeschlagen) geschehen, der sowohl aus Steuergeldern (z.B. Reichensteuer, Vermögensabgabe und Finanztransaktionssteuer) als auch aus privatem Kapital gespeist wird. Die Weiterentwicklung des sogenannten „Green Bond – Made by KfW“ für weitere Infrastrukturbereiche könnte eine Option darstellen.
7. Sollen **private Investitionen** gefördert werden, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Erstens: Die **öffentlichen Ausgaben** (staatliche Konsum- und Investitionsnachfrage) und der private Konsum könnten erhöht werden, um die Absatzerwartungen der privaten Investoren zu verbessern. Die zweite Möglichkeit besteht darin, **Investitionsanreize** dadurch zu gewähren, dass die Kostenseite/Angebotsseite direkt beeinflusst wird (z.B. verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten). Letzteres gilt gleichermaßen für den Mietwohnungsbau, wo seit Jahren zu niedrige Abschreibungssätze den dringend benötigten Neubau bremsen. Da Kreditzinsen niedrig sind und Renditen sowie Unternehmensgewinne auf Rekordniveau liegen, gibt es aktuell kein Kosten- und Finanzierungsproblem. Daher greift eine solche angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu kurz. Notwendig ist aber, dass Unternehmen **in qualifizierte Fachkräfte** über Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung **investieren**. Nur mit geeigneten Fachkräften können sich Investitionen amortisieren und Renditeerwartungen realisiert werden.